

Die Arbeiter...  
Druckerei...

Immer laden die...  
Expedition: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19.

# Freiheit

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

# Sozialistische Umwälzung in Ungarn.

## Die Abdankung Karolyis.

Budapest, 21. März. (Correspondenzbureau.) Der französische Oberleutnant Sir überreichte dem Präsidenten der ungarischen Volksrepublik Karolyi eine Note der Entente, in der mit Bezug auf den Beschluss der Pariser Konferenz eine neue als politische Grenze zu betrachtende Demarkationslinie zwischen Ungarn und den Rumänen bestimmt wird. Die wichtigsten Punkte der neutralen Note werden von den Ententetruppen beachtet. Der Ministerrat beschloß, mit Rücksicht auf die entscheidende Aenderung, welche durch diese Note in der außenpolitischen Lage eintreten ist, und angesichts der der ungarischen Produktion drohenden Katastrophe die Demission des Kabinetts, welche von Karolyi angenommen wurde. Der Beschluss des Ministerrats wurde dem Oberleutnant mitgeteilt. Präsident Karolyi erließ eine Proklamation an das ungarische Volk, in der er erklärte, daß er gleichzeitig abdankt und die Macht dem Proletariat übergebe.

## Proklamation an das ungarische Volk.

Wien, Die Proklamation Karolyis an das ungarische Volk lautet, wie das ungarische Telegraphen-Korrespondenzbureau meldet, folgendermaßen:

### An das Volk Ungarns!

Die Regierung hat abgedankt. Tene, welche bisher auf Grund des Volkswillens und mit Unterstützung des ungarischen Proletariats regiert haben, haben eingesehen, daß die zwingende Gewalt der Verhältnisse einen neuen Kurs fordert. Die Produktionsordnung kann nur dann gesichert werden, wenn das Proletariat die Macht übernimmt; nebst der drohenden Anarchie in der Produktion ist auch die außenpolitische Lage Ungarns eine Letztliche. Die Pariser Friedenskonferenz hat im Geheimen dahin entschieden, daß sie beinahe das ganze Gebiet Ungarns militärisch besetzt. Die Ententemission erklärte, daß sie die Demarkationslinie Soran als politische Grenze betrachte. Die ferneren Befehle des Landes verfolgen offenbar den Zweck, daß man Ungarn zum Ausmarsch- und Operationsgebiet gegenüber der an der rumänischen Grenze konzentrierten russischen Sowjetarmee mache, was von dem gesamten Land aber soll der Sold der rumänischen und tschechischen Truppen sein, durch welche man die russische Sowjetarmee niederringen lassen will. Ich als provisorischer Präsident der ungarischen Volksrepublik wende mich gegenüber der Pariser Friedenskonferenz an das Proletariat der Welt um Gehörigkeit und Unterstützung. Ich baute ab und übergebe die Macht dem Proletariat der Völker Ungarns.

osy. Karolyi.

## Sozialistische Regierung in Ungarn.

Budapest, 21. März. Die Leitungen der ungarischen Sozialistenpartei und der ungarischen Kommunistenpartei haben in einer gemeinsamen Sitzung die Vereinigung der beiden Parteien beschlossen. Die neue Partei soll den vorläufigen Namen: Ungarische Sozialistenpartei führen. Die Partei übernimmt im Namen des Proletariats unverzüglich die ganze Macht. Die Diktatur des Proletariats wird von den Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräten ausgeübt. Zur Sicherung der Herrschaft des Proletariats und gegen den Imperialismus der Entente müße das innige Rassen- und Geistesbündnis mit der russischen Sowjetregierung geschlossen werden. Dieser Beschluss wurde in einer heute abend abgehaltenen Sitzung des Arbeiterrats unterbreitet und einstimmig angenommen.

Budapest, 21. März. Anlaß der Demission der Regierung hat der Arbeiterrat von Budapest die Regierungsgewalt übernommen und einen internationalen revolutionären Regierungsrat gebildet, dessen Mitglieder den Titel Volkskommissäre führen. Das Präsidium übernimmt Alexander Garbai, Volkskommissär für Finanzen ist Gábor Sarga, Kuchered: Bela Kun, Arica:

Josef Pogány, Sozialisierung: Wilhelm Boehm. Die Regierung hat über Budapest und über das ganze Land das Ständrecht verhängt.

Die anhaltende politische Spannung in den Mittelmächten hat über Nacht zu einer radikalen Aenderung der Lage geführt. In Ungarn hat der Präsident und die Regierung abgedankt. Die politische Macht ist in die Hände des Proletariats übergegangen. Die vorläufige Regierungsgewalt wird vom Budapest Arbeitererrat ausgeübt. Die sozialdemokratische Partei und die Kommunistenpartei haben sich vereinigt und einen Rat der Volkskommissäre eingesetzt, der aus führenden Mitgliedern der beiden Parteien besteht.

Den Anstoß zu dieser Umwälzung hat der Beschluss der Entente gegeben, wonach ganz Ungarn mit Ausnahme von Budapest und Umgebung von Ententetruppen besetzt werden sollte. Die Entente wollte sich anscheinend dadurch ein Aufmarschgelände gegen das Sowjetrussland sichern, dessen Truppen an der ungarischen Grenze zusammengezogen werden. Präsident Karolyi wollte unter diesen Umständen die Verantwortung nicht länger tragen. Er und das bisherige bürgerlich-sozialistische Koalitionsministerium haben abgedankt und die Regierung der Katastrophen inneren und äußeren Voge dem Proletariat überlassen.

Der erste Schritt der neuen proletarischen Regierung ist nun die Anlehnung an das Sowjetrussland gewesen. Gegenüber den von allen Seiten anstürmenden Gefahren haben die Führer des ungarischen Proletariats keinen anderen Ausweg, als sich mit den an der Grenze stehenden russischen Truppen zu verständigen und sich militärische Einrichtungen nach dem Muster des bolschewistischen Russlands zu geben.

Es ist anzunehmen, daß die neue ungarische Regierung, gestützt auf die Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte, entschiedene soziale und militärische Maßnahmen ergreifen wird, um ihre Macht zu behaupten. Die wichtigste Grundlage ihrer Herrschaft bildet neben dem zahlenmäßig schwachen städtischen Proletariat die ungarische Bauernschaft, die zur Aufteilung der großen Latifundien des Adels drängt. Diese mit elementarer Macht hervortretende Bewegung auf dem flachen Lande bildet den hervorragenden Aus der tiefen Sklave der ungarischen Revolution, die sie der russischen Revolution ähnlich sieht. Das ist, neben den außenpolitischen Faktoren, wohl die Hauptursache, weshalb die bolschewistische Umwälzung sich so schnell in Ungarn durchgeführt hat.

Die Hauptgefahr, die ihr heute droht, liegt in diesem Augenblick nicht auf innerer, sondern auf außerpolitischem Gebiet. Falls die Entente genügend Truppen zur Verfügung hat, kann Ungarn zum Schauplatz eines neuen Krieges werden, der zwischen den Truppen der Entente und ihren tschechischen, polnischen, rumänischen Hilfskräften einerseits und den verbündeten ungarischen und russischen Truppen andererseits ausgetragen werden würde. Ueberflüssig zu sagen ist, daß die Sowjetunion des Proletariats aller Länder in einem solchen Kriege auf Seiten der aufständischen Ungarn lägen, die todesmüde das Banner der sozialen Revolution aufgerichtet haben, um unter Anvornnung aller Kräfte die Fesseln zu zerbrechen, die die wahrwidrige imperialistische Politik der Ententediplomaten ihnen angelegt hat.

## Weitere Verhandlungen in England.

Ueber den Stand des Kampfes der Arbeiter in England liegen heute nur die folgenden Meldungen vor, die erkennen lassen, daß auch die Arbeiter die Verständigung herbeizuführen suchen.

London, 21. März. (Reuter.) Die Eisenbahner haben den Beschluß der Regierung abgelehnt.

London, 21. März. (Reuter.) In einer Konferenz des sogenannten Dreibundes, bestehend aus den Gewerkschaften der Bergleute, Eisenbahnarbeiter und Transportarbeiter, die die Frage des nationalen Streiks der drei Vereinigungen erörtern, wurde beschlossen, einem Untersuchungskomitee aufzutragen, gemeinsam mit dem Komitee der Eisenbahnarbeiter an die Regierung heranzutreten, damit die Verhandlungen zwischen dem Bund der Eisenbahnarbeiter und dem Ausschuh der Eisenbahngesellschaften wieder aufgenommen werden können. Die Eisenbahnarbeiter sollen in Abwartung weiterer Beschlüsse an der Arbeit bleiben.

## Ein Briefwechsel.

In der sechsten Nummer des „Arbeiterrates“ veröffentlichte Gen. Richard Müller folgenden offenen Brief an Scheidemann:

Sie können sich jedenfalls noch der Tage vom 28. Januar bis 3. Februar 1918 erinnern. An diesen Tagen fand in Berlin der große politische Massenstreik statt. Es war eine gewaltige Massenbewegung, die getragen wurde von der werktätigen Bevölkerung Berlins und aus den politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen herausgewachsen war. Sie, Herr Scheidemann, auch Herr Ebert und andere bekannte Politiker waren dabei, versuchten mit mir, den verzögerten Forderungen der Arbeiterschaft Geltung zu verschaffen. Die damaligen Machthaber brachten den Forderungen der Arbeiterschaft kein Verständnis entgegen, lehnte jede Verhandlung ab und drohten uns mit einjähriger Gefängnisstrafe, wenn wir unsere Tätigkeit fortzusetzen verühten. Sie, Herr Scheidemann, und auch Herr Ebert, erfüllten trotzdem mit uns die übernommenen Pflichten. In dunklen Räumen verammelten wir uns, um das Geforderliche zu beraten. Erinnern Sie sich nach, Herr Scheidemann, wie Sie damals über das bornierte Verhalten der Herren Hertling, Bayer und Ballraf geurteilt haben? Erinnern Sie sich weiter der Worte, mit denen Sie die Maßnahmen des Herrn v. Kessel wegen Verhängung des Belagerungszustandes verurteilt haben? Sie, Herr Scheidemann, waren mit uns der Meinung, daß man eine tiefgehende Volksbewegung nicht mit Gewalt unterdrücken könne, sondern den berechtigten Wünschen der Massen Rechnung tragen müße. Am 27. Februar 1918 haben Sie in einer Rede im Reichstag das kurzfristige, verständnislose Verhalten der früheren Machthaber gebrandmarkt. Sie sprachen von der bösen Saat, die von bornierten Gewaltpolitikern in die Arbeiterschaft gesät worden ist, die nicht zur Verlobung der Arbeiterschaft beitragen, sondern die nur noch mehr reizt würde. Und weiter erklärten Sie wörtlich:

„Wollen Sie den Hag nicht unheilbar machen, dann sorgen Sie dafür, daß diese Saat des Hasses entfernt wird, bevor sie aufgeht. ... Zeigen Sie den Arbeitern, daß Sie nicht darauf aussehn, sie mit der Peitsche zu behandeln.“

Sie, Herr Scheidemann, haben damals jede Gewaltpolitik zurückgewiesen. Mit berechtigter Enttäuschung attierten Sie damals folgenden Ausspruch des Herrn v. Oldenburg-Konnikow:

„Unsere inneren Zustände sind so zerfahren, daß auf einen Kanzler, der diese Dinge wieder in Ordnung zu bringen hat, geschossen werden wird, und wenn nicht auf ihn geschossen wird, taugt er nichts; es kommt nur darauf an, daß er selber schießen läßt.“

Wissen Sie, Herr Scheidemann, was Sie damals auf diese Gefühlsworte des Herrn v. Oldenburg-Konnikow geantwortet haben? Gestatten Sie mir, daß ich diese Worte folgen lasse:

„Meine Herren, ich stelle fest: es gibt Engländer und Franzosen, die auf Deutsche nur schießen, weil sie müssen. Es gibt aber auf der anderen Seite Deutsche, die sich vor Vergewaltigungen wälzen bei dem Gedanken, daß von Deutschen auf Deutsche geschossen wird. Solche Leute mögen sich selber für die Herde der Ratten halten, wir betrachten sie als den Ausswurf des deutschen Volkes.“

Nun ist ein Jahr vergangen. Sie, Herr Scheidemann, sind heute Reichskanzler, und unter Ihrer Herrschaft ist die hiesigen Deutsche auf Deutsche. Herr v. Oldenburg-Konnikow würde sich vor Vergewaltigungen wälzen, wenn der Reichskanzler, den er sich wünschte, ist jetzt gefunden. Das gerade Sie, Herr Scheidemann, der Reichskanzler sind, ist gewiss bittere Ironie der Weltgeschichte.“

Auf diesen Brief verbreitet Wolffs-Bureau folgende Antwort des Reichsministerpräsidenten:

„Ihr Brief und die darin enthaltene Schilderung meines Verhaltens beim Januarstreik 1918 ist meine beste Reklamation. Ich habe mich in keinen Widerspruch mit meinen damaligen Taten und Worten gesetzt. Die Herren Hertling und Ballraf lebten jede Verhandlung mit den Streikenden ab. Ich und meine Kreise in der Regierung haben sich überwindlich immer, und zuletzt vor acht Tagen, mit den streikenden Arbeitern verhandelt und durch diese Verhandlungen die Generalarbeiter im ganzen Lande beendet. Wie damals bin ich auch jetzt der Ansicht, daß





